

Ulrich Bongertmann

Kommunismuserbe – Populismus – Extremismus

10. Geschichtsmesse der Bundesstiftung Aufarbeitung

[Zuerst erschienen in: *geschichte für heute. Zeitschrift für historisch-politische Bildung (Wochenschau Verlag) 3|2017, S. 72-76*]

Mit einem Rückblick auf erfolgreiche zehn Jahre der Suhler Geschichtsmesse führte Jens Hüttmann für die Stiftung Aufarbeitung ein, bevor das diesjährige Thema (Kommunismuserbe – Populismus – Extremismus: Herausforderung für die historische Aufarbeitung und die Demokratie in Europa), mit der Frage begann, ob es *eine Krise der Demokratie durch den aktuellen Populismus* (Beispiele: Brexit, Trump, Höcke) gebe. Über „Politische Bildung in Deutschland – ein Zukunftsmodell?“ diskutierten eingangs Dr. Christian Elben (Univ. Lausanne), Dr. Andreas Kalina (Akad. für polit. Bildung Tutzing) und Holger Kulick (Bundeszentrale für polit. Bildung) unter Moderation von Helge Eikermann. Kalinas Inputreferat wies auf den geringen Zeitumfang in der Schule und den häufig fachfremd erteilten Unterricht hin, während es notwendig sei, vor allem die politische Medienkompetenz zu erhöhen und die Demokratie mindestens zu verteidigen, wenn schon nicht mehr der Anspruch bestehe, sie zu verbessern. Kulick wies auf die Anstrengungen der BPB hin, andere Schichten als Schüler, Studierende und Lehrkräfte zu erreichen, und sah ebenso im Medienbereich noch erhebliches Ausbaupotenzial. Für die Schweiz betonte Elben, dass der dortige Populismus die bisherige Konkordanzdemokratie in Frage stelle, für die politische Bildung jedoch politische Auseinandersetzungen und Diskussionen wichtiger blieben als Verbote. Fundamentale Voraussetzung sei eine kompetente Ausbildung aller Politiklehrenden. Insgesamt bot die Diskussion wenig Reibepunkte. Eine erschreckende „populistische“ Neuerung wurde aber genannt: Unter www.freischulen.ch können Schüler missliebige Lehrer wegen ihrer politischen Äußerungen im Unterricht öffentlich an den Pranger stellen.

Auf dem zweiten Podium über „Das Erbe des Kommunismus im Europa der Gegenwart“ saßen Norbert Beckmann-Dierkes (Leiter des Auslandsbüros Serbien und Montenegro der Konrad-Adenauer-Stiftung in Belgrad), Dr. Jonila Godole (Univ. Tirana), Dr. Radu Preda (The Institute for the Investigation of Communist Crimes and the Memory of the Romanian Exile in Bukarest) und Dr. Meelis Maripuu (Estonian Institute of Historical Memory). Die Moderation leistete Ulrich Mählert. *Wird in den Ländern des ehemaligen Ostblocks eine historische Aufarbeitung wie in Deutschland gewollt oder gar geleistet?* In Estland und Serbien/Montenegro besteht aus verschiedenen Gründen (nationale Abgrenzung/Konzentration auf postkommunistische Phase des Bürgerkriegs) so gut wie kein Interesse, in Albanien ein wenig und in Rumänien sei immerhin jüngst ein erstes Denkmal für die Opfer an einem Ort aufgestellt worden, wo früher eine Leninstatue stand. Die älteren Menschen hofften auf Amnestie, die jüngeren auf Amnesie, so vereinfacht dort eine beliebte Formel. Das albanische Verfassungsgericht hat ein Gesetz zur „Lustration“ (= Reinigung) verboten, wonach belastete Mitarbeiter zu entlassen wären. Das sei ebenso typisch für die Situation wie das verbreitete Phänomen, dass es starke familiäre Kontinuitäten zwischen den alten, kommunistischen und den neuen Eliten nach 1990 gebe.

Damit war die Überleitung geschaffen für die Vorstellung des diesjährigen Themenschwerpunkts der Stiftung Aufarbeitung aus Anlass des 100. Jahrestages der Oktoberrevolution durch Katharina Hochmuth: „Der Kommunismus: Utopie und Wirklichkeit“. Dazu gehören Veranstaltungsreihen in verschiedenen Städten, ein Ausstellungsangebot (erstellt vom Publizisten und „68er“ Gerd Koenen) und ein Sonderförderprogramm für Projekte mit einem Bezug zur Kommunismusgeschichte. (Vgl. www.bundesstiftung-aufarbeitung.de)

Kommt Weimar wieder?

Einen Höhepunkt der Messe bot das folgende Podium: „Leben wir wieder in Weimar? Lernen aus der Geschichte angesichts aktueller Gefährdungen der Demokratie“, das Patrick Bahners (FAZ) und Sebastian Ullrich (Beck-Verlag) bestritten. Des Moderators Hüttmann Ausgangsfragen lauteten: *Kommt Weimar wieder? Besteht eine Gefahr für die etablierte politische Kultur durch den Rechtspopulismus?* Die Diskutanten verwiesen auf die großen Unterschiede, weil in Weimar die Demokratie erst gelernt werden musste, während heute auf eine erfolgreiche 60-jährige bundesdeutsche Geschichte zurückzublicken sei, die ihren Ausgangspunkt in den 1950er Jahren mit der selbstbewussten These „Bonn ist nicht Weimar!“ genommen habe. Im politischen Milieu der 1920er Jahre habe man sich noch stark mit den antiken demokratieskeptischen Differenzierungen bei Aristoteles auseinandersetzen müssen. Noch der namhafte, in der Alten Geschichte promovierte Zeithistoriker Karl Dietrich Bracher habe seine Forschungen über die Weimarer Demokratie und ein mögliches Krisenschema an die antike Theorie, wonach sich politische Krisen zyklisch wiederholten, angeschlossen. Die verfassungsmäßigen Lehren aus Weimar wurden gezogen, um den Weg zu einer neuen Autokratie zu versperren. Daher seien repräsentative Parlamentswahlen und vor allem der Parteienpluralismus als notwendige, „gute“ Elemente in der Politik eingestuft worden. Auch fehle heute die brutale Militarisierung durch die damaligen Freikorps und Kampfgruppen. Doch gab es nach Ullrich bis weit nach 1945 noch alternative Sichtweisen, so enthalten mehrere Länderverfassungen eine größere Möglichkeit zu Plebisziten. Vor diesen habe man jedoch ab 1948 große Angst bekommen, um sie nicht den Kommunisten als Instrument zu übergeben. Gegensätzliche Auffassungen über die Ursachen des Untergangs von Weimar standen sich bis in die 1950er Jahre gegenüber, so machte Kurt Schumacher (SPD) das krisenhafte kapitalistische System verantwortlich, andere die mangelhaften Verfassungsinstitutionen oder das unreife Wahlvolk. Ullrich verwies auf den Politologen Jan-Werner Müller (Princeton) und seinen lesenswerten Essay „Was ist Populismus?“ (2014), der auch die oft gehörte Parole „Wir sind das Volk!“ analysiert hat: Damit werde anderen willkürlich abgesprochen, überhaupt noch zum als homogen gedachten Volk zu gehören. Dies sei ein Kern populistischer Bewegungen. Bahners sah überdies eine neue Form von Militarisierung im Entstehen, die sich in der politischen Sprache, in shit storms sowie einer Bürgerkriegssemantik zeige und über den robusten politischen Wettbewerb hinausgehe. In diesen Fällen dürfe man mit Robert Spaemann auf Aristoteles zurückgreifen: „Es gibt Argumente, die Zurechtweisung verdienen!“

In der Diskussion ging es um die strittige Teilnahme von radikalen Ideologen der Neuen Rechten wie Götz Kubitschek an politischen Diskussionsforen demokratischer Kräfte. Des Weiteren wurde auf die kausale Rolle der kommunikativen Revolution in den digitalen Medien für den Rechtspopulismus hingewiesen sowie nach den Ursachen der höheren Zustimmungswerte für die AFD im Gebiet der ehemaligen SED-Diktatur gefragt. Schwingt hier etwa ein spezieller Begriff von Volk nach?

Projekte und Neues zum Thema

Die Projektpräsentationen enthielten wieder zahlreiche „Perlen“, wie das Thema DDR/Ostblock aus verschiedensten Richtungen angegangen wird.

An der Friedrich-Schiller-Universität Jena schreibt Cornelia Bruhn eine Dissertation über *„Die Akteure der FDJ-Singebewegung (1965-1990) zwischen staatlicher Inszenierung und künstlerischer Selbstbehauptung“*. Parallel zu den westdeutschen Liedermachern gab es in der DDR eine aktive Szene von Musikern ähnlichen Auftretens, die teilweise gefördert, teilweise zensiert wurden. Bruhn wies auch auf einen stark internationalen Bezug hin, der im jährlichen „Festival des politischen Liedes“ aufschien. In einer weiteren kulturhistorischen Dissertation schreibt Marcel Th. Heine über

„Die Verschränkung von Macht und Erinnerung – SED-Gedächtnispolitik und die Friedrich-Schiller-Jubiläen 1955 und 1959“.

Im an Museen reichen Berlin gibt es nun ein weiteres, das *Deutsche Spionagemuseum*, welches der Mitarbeiter Christoph Ewering vorstellte. Kundschafter und Agenten von der Antike bis in die Gegenwart werden präsentiert, der Schwerpunkt ist dabei naturgemäß der Kalte Krieg in der geteilten Stadt. Der musealen Inszenierung von Geschichte widmet sich an der Universität Münster Regina Göschl in ihrer geschichtsdidaktischen Dissertation: „*DDR-Alltag im Museum. Geschichtskulturelle Debatten, Funktionen und Fallbeispiele im vereinten Deutschland*“. Dabei vergleicht sie das „Dokumentationszentrum Alltagskultur in der DDR“ in Eisenhüttenstadt, das „DDR-Museum“ in Berlin und das dortige „Museum in der Kulturbrauerei“ (HDG; seit 2013) auf die zugrundeliegenden Geschichtsbilder. Das Thema des „DDR-Alltags“ sei in der Öffentlichkeit angekommen, nachdem in der 1990er Jahren das DDR-Bild noch stark von der Stasi-Thematik bestimmt worden war. Dabei zeigten sich Differenzen, wie intensiv in der Inszenierung der Diktaturcharakter aufgezeigt werde. Göschl fasste die drei Konzeptionen schlagwortartig zusammen: Im privaten DDR-Museum, das schon durch die Lage mit Abstand die meisten Besucher anziehe, werde das „Leben trotz Diktatur“ gezeigt, die Wanzen im Plattenbau blieben Nebensache, auch die widerspenstige Ironie der DDR-Bürger. Hier drohe „Simplifizierung“. Ausgeblendet blieb aber bei Göschl, was die Menschen hier so in Scharen anzieht. Das „Leben mit der Diktatur“ stehe in Eisenhüttenstadt im Fokus der Präsentation von Andreas Ludwig, in der materiellen Kultur werde die DDR als „durchherrschte Gesellschaft“ deutlich. Das „Leben in der Diktatur“ in der neuen Schau in der Kulturbrauerei Berlin folge dem weitgehend im Bestreben, die kontextualisierten Objekte für sich sprechen zu lassen, verfüge allerdings über weitaus höhere Subventionen für den Etat. Göschls Sympathien lagen erkennbar bei Eisenhüttenstadt, auch hatte sie die Vorstellung, man könne Schülergruppen durch mehrere Museen führen, um die Konzepte diskutieren zu lassen. Mehr Kontakte zu den Schulen und verbesserte pädagogische Intentionen der Führungen hielt sie überall für erforderlich.

Auf der Suche nach dem stets flüchtigen Schülerinteresse haben Martin Thiele-Schweiz und Michael Geithner das neue Kartenspiel „*Wendepunkte*“ zur Geschichte der Friedlichen Revolution entwickelt, das über Ereignis- und Rollenkarten einen Zugang zum möglichen Leben in der DDR zu schaffen versucht. Bei Playing History konnte man es mit den Machern ausprobieren, was allen sichtbar Spaß machte. Dazu gibt es auch Lehrerhinweise, die auch über das DDR-Museum zu beziehen sind. (Kostenfreie Anforderung über: www.wendepunkte-spiel.de)

Zeitzeugen werden für die DDR-Geschichte immer wichtiger. Besonders Opfer stellen sich hier aus Berufung den Schulen zur Verfügung. Zwei Beispiele: Der Autor Rainer Schneider betreibt das Literaturprojekt „*Lebenswege*“, in dem er mehrere Erzählungen über Biografien junger Menschen in der späten DDR als Schulmaterial präsentiert. Dabei zeige sich ein großes Interesse an den Phänomenen der Erstarrung kurz vor 1989, aber auch für die Verarbeitung der folgenden Umbruchssituation. Der prominente „größte Staatsfeind der DDR“, Stasi-Opfer und Fluchthelfer Wolfgang Welsch, berichtete von seinen Erfahrungen in der Zeitzeugenarbeit in Ost und West. Dabei zeigten sich oft amateurhafte Vorbereitung durch die Lehrkräfte und schlechte Planung auf der Schulseite, was das Aufklärungsinteresse durchkreuze. Hier lässt sich noch vieles verbessern, ein Zeitzeugenbesuch muss unbedingt vorbereitet werden.

Deutschland und Polen

Einen großen Wurf unternimmt das neue *Deutsch-Polnische Geschichtsbuch* für die Zielgruppe der Sek. I, von dessen drei geplanten nun zwei Bände vorliegen, die bis 1815 reichen. Die deutsche und die polnische Ausgabe von „*Europa – Unsere Geschichte*“ sind identisch, ohne dass es dabei nur um

die bilaterale Beziehungsgeschichte geht. Leitend war die Idee, ein deutsch-polnisches Autorenteam gemeinsam ein Geschichtsbuch für den normalen Unterricht schreiben zu lassen. Erst der dritte Band und (nun zusätzlich geplante) vierte Band über die folgenden Epochen und die Zeitgeschichte werden vermutlich über den Erfolg des Lehrwerks entscheiden. Auch sind die Einwirkungen des neuen geschichtspolitischen Kurses in Polen abzuwarten. Aus deutscher Sicht ist es ein recht normales, attraktives Lehrwerk mit einigen allerdings ungewohnten Teilkapiteln zur osteuropäischen Geschichte geworden. Die Bildungsagentur Eduversum hat es in Deutschland verlegt, das Georg-Eckert-Institut für Schulbuchforschung (Christiane Brandau) hilft bei der Verbreitung.

Frauen in der DDR

Einen weiteren Höhepunkt stellte die Abendveranstaltung mit Film und Gespräch dar: *„Wenn Mutti früh zur Arbeit geht – Frauen in der DDR“*. Die ehemalige Bürgerrechtlerin Freya Klier, heute Autorin und Filmemacherin, und Dr. Anna Kaminsky, Autorin des Buches *„Frauen in der DDR“* (2016), diskutierten unter Moderation von Marcus Kiesel über die angeblich überlegene Emanzipation der Ostfrauen. Vor allem Klier, deren Tochter und Mutter am Film mitwirkten, zeigte sich skeptisch über die praktische Umsetzung, auch wenn die höhere Berufstätigkeit vielen Frauen mehr Entscheidungschancen geboten habe. Arbeitsintensive Hausarbeit sei praktisch ausschließlich bei ihnen geblieben. Die staatliche Kindererziehung habe hochgradig bevormundet, weshalb der erste autonome Kinderladen in Ost-Berlin unter Kliers Beteiligung über Nacht von der Stasi geschlossen worden sei. Auch sei die Zahl der Abtreibungen als verspätetes Mittel der Empfängnisverhütung trotz staatlichen Interesses an mehr Geburten erschreckend hoch gewesen.

Aufarbeitung im Vergleich

Am Samstag bot der Vortrag von Helmut Fehr (Andrássy Universität Budapest) einen guten Überblick zu: *„Populismus und Vergangenheitsaufarbeitung des Kommunismus in Europa“* mit Schwerpunkten auf Deutschland, Polen, Tschechien und Ungarn. Überall tue man sich schwer sowohl mit der Aufarbeitung der kommunistischen Regimegeschichte als auch mit einer „Übergangs-Gerechtigkeit“. In Polen bekämpften sich die politischen Eliten mit Hilfe der kommunistischen Vergangenheit. Speziell in Ungarn zeigten sich neue Belastungen durch Antisemitismus und ansteigende Fremdenfeindlichkeit. In der abschließenden Podiumsdiskussion über die aktuellen Herausforderungen der deutschen Demokratie ging es erneut um die Frage nach den Konsequenzen der aktuellen Lage für die historisch-politische Bildungsarbeit, wobei leider keine neuen Akzente gesetzt wurden. Insgesamt darf bilanziert werden, dass das Konzept der Geschichtsmesse erneut aufgegangen ist und auch der Termin für 2018 vorzumerken ist. Die Beteiligung von Lehrern könnte deutlich gesteigert werden.